

Rede zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution

Ohne 9. Oktober in Leipzig kein Mauerfall in Berlin

Die nachfolgend abgedruckte Rede hielt der ehemalige Bürgerrechtler Werner Schulz beim offiziellen Festakt im Leipziger Gewandhaus zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution.

Als Video ist die Rede von Werner Schulz im Internet zu sehen und zu hören unter:

<http://www.mdr.de/tv/6759990.html> (21:56 Min.)

oder in etwas geringerer Bild- und Tonqualität, dafür aber nicht ganz so knapp am Anfang und Ende beschnitten unter: <http://vimeo.com/6988768> (22:33 Min.)

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, Herr Bundespräsident, Frau Bundeskanzlerin!

Der Kommentar zu diesen eindrucksvollen und soeben gesehene Bildern könnte lauten: „In einer Weise, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen, hat das Volk in Deutschland seine Revolution gemacht, hat es mit wenigen Ausnahmen die Gewaltäußerung gescheut.“

Das hat aber kein Drehbuchautor geschrieben, kein Westkorrespondent und schon gar nicht die Leipziger Volkszeitung. Sondern die Worte stammen von Robert Blum, dem Leipziger Deputierten der Frankfurter Paulskirchenversammlung. Er starb für die Freiheit und wurde am 9. November 1848 hingerichtet. Ein Tag, der seitdem unsere Nationalgeschichte beschreibt. Die bürgerliche Revolution mit ihrem Ringen um Demokratie und Freiheit war gescheitert. Was blieb, war die deutsche Dauerhoffnung, dass es die Enkel besser ausfechten werden. Aber das sollte lange dauern und viele Opfer kosten, bis 1989 die gewaltlose Freiheitsrevolution in Erfüllung ging.

Doch die kam nicht aus heiterem Himmel, war kein spontanes Aufbegehren, sondern hatte einen langen Vorlauf. Mit dem Sprachwitz von damals würde der Volksmund heute sagen: Was lange gärt wird Mut. Denn Bürgermut gehörte schon dazu, im Herbst '89 auf die Straße zu gehen, um gegen Unfreiheit, Bevormundung, Willkür und Lüge und gegen ein bis an die Zähne bewaffnetes System zu demonstrieren. Nur unbedarfte

Beobachter oder Zyniker bezeichnen das heute als Feierabend- oder Spaziergängerrevolution.

Im kollektiven Gedächtnis warnten eher die Jahreszahlen 1953, der Volksaufstand in der DDR, '56 die Aufstände in Polen und Ungarn, '68 der Prager Frühling – als die Versuche, das System zu überwinden oder umzukrempeln, brutal niedergeschlagen wurden. Und wem das nicht bewusst war, der bekam im Juni '89 in Peking vor Augen geführt, wie kommunistische Machthaber auf Demokratiebegehren reagieren. Die SED-Führung hat das Massaker auf dem Tien-An-Men gebilligt und als Drohung benutzt. Noch immer heißt dieser Platz makabererweise „Platz des Himmlichen Friedens“. Erst vor wenigen Tagen zog dort die Armee, die sich noch immer Volksbefreiungsarmee nennt, streng abgeschirmt vom Volk an der Parteiführung vorbei.

Nein, die kommunistischen Staaten Osteuropas sind nicht zusammengebrochen oder implodiert. Gesellschaften brechen nicht einfach so zusammen. Das zeigen China, Nordkorea und Kuba. Und Revolutionen vollziehen sich nicht im Selbstlauf. Sie ereignen sich dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Wenn Menschen den Mut fassen, etwas zu tun und zu wagen, wozu sie lange nicht bereit waren.

Und das war im Herbst '89 der Fall. Oder um der Impllosionstheorie und den Naturwissenschaftlern unter uns ein besseres Anschauungsbild entgegenzuhalten: Die DDR-Gesellschaft befand

sich im Zustand einer gesättigten Lösung, die klar und durchsichtig erscheint. Nur eine kleine kritische Masse reicht aus und der Zustand schlägt vehement um und es kommt zum massenhaften Ausflocken.

Es war der entscheidende Moment einer fortwährenden Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System und seiner inneren Zerrüttung. Den unter Stalin errichteten Ostblockstaaten hatte es von Anbeginn an demokratischer Legitimation gefehlt. Deswegen standen die Forderungen nach Freiheit und Selbstbestimmung im Mittelpunkt der Ereignisse, fand die wahre und folgenreiche Gedenkfeier – der 200. Jahrestag der französischen Revolution – im Osten Europas statt, wurde das gelobte Leipzig tatsächlich zum Paris.

Über die Ursachen, auslösenden Faktoren, den Werdegang, das Warum und Wie sind in diesem Jahr etliche Bücher erschienen, die das beschreiben und analysieren. Um es auf wenige Worte zu bringen: Die Gläubigen nennen es einen Segen oder ein Wunder. Andere sprechen von extremem Glück.

Sicher – KSZE, Entspannungspolitik, die russischen Dissidenten, KOR, Charta 77, Solidarnosc, der konziliare Prozess, die Bürgerrechtler, das Neue Forum, die Grenzöffnung in Ungarn, der polnische Papst, Gorbatschow – das alles hat eine Rolle gespielt.

Wobei die Reformpolitik Gorbatschows nicht nur aus freien Stücken und gutem Herzen kam. Seine Machtübernahme war bereits ein Ergebnis der tiefen



Um der Friedlichen Revolution zu gedenken, waren am 9. Oktober 2009 mehr als 100 000 Menschen zum Lichtfest in die Leipziger Innenstadt gekommen.

Foto: Andreas Schmidt, Leipzig Tourismus und Marketing GmbH

Systemkrise. Und als sich im Frühjahr '89 die ruhmreiche Rote Armee geschlagen aus Afghanistan zurückzog, waren auch die Grenzen der militärischen Intervention deutlich geworden. Mit Glasnost und Perestroika wollte Gorbatschow das System stabilisieren und nicht den Warschauer Pakt und die Sowjetunion auflösen. Dass er das und die deutsche Einheit dennoch zugelassen hat, dafür gebührt ihm nach wie vor Dank.

Peinlich finde ich es hingegen – damit es nicht nur kuschelig heute wird – wenn einem ehemaligen, in Dresden stationierten, KGB-Offizier, der zum Schießen bereit war und der heute als Präsident und Ministerpräsident für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland mitverantwortlich ist, der sächsische Dankesorden überreicht wird. Gerade der Freistaat Sachsen sollte wahrlich einer anderen Tradition verpflichtet sein.

Heute vor zwanzig Jahren sah die Messestadt Leipzig wie Wallensteins Lager aus. Auf Weisung von Honecker und Mielke sollte die Konterrevolution im Keim erstickt werden. Man war angeblich auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete. Diesen Satz hat Erich Loest im Film „Nikolaikirche“ dem Stasi-

Einsatzleiter in den Mund gelegt. Das gleiche Zitat wird auch Horst Sindermann, dem letzten SED-Volkskammerpräsidenten, zugeschrieben. Es klingt einleuchtend – nur: Der Satz ist falsch.

Mit der Opposition unterm Kirchendach war man bis dahin durchaus fertig geworden. Kerzen hätte man auslöschen können. Aber die Lebenslichter von Tausenden auszublasen, dazu fehlte Gott sei Dank die Kaltblütigkeit und versagte die Befehlskette.

Die unerwartete Übermacht von 70.000 hatte alle Einsatzpläne zunichte gemacht und übertraf die Kapazität der geplanten Internierungslager. Dass am selben Tag nur wenige Kilometer von Leipzig entfernt, in Halle, eine kleinere Demonstration noch brutal zerschlagen wurde, bestätigt diese Einschätzung.

Menschen aus zahlreichen Orten waren nach Leipzig gekommen und haben dem Protest zum friedlichen Durchbruch verholfen. Was in den Wochen zuvor in Berlin, Leipzig und Dresden noch mit Gewalt unterdrückt wurde, war nicht mehr zu stoppen. Die Verbindung von Oppositionsgruppen und Ausreisewilligen war zum Sprengstoff geworden. Die massenhafte Empörung über die Verhaftungen, die Zustände und Lebensverhältnisse im Land verschaffte sich öffentlichen Raum. Die Staatsmacht war zum ersten Mal handlungsunfähig.

Und die unter hohem Risiko entstandenen Fernsehbilder wirkten als Aufbruchsfanal und der Erfolg der ersten Montagsdemo breitete sich wie ein Lauffeuer aus. Von da ab nahm die Zahl der Bürger in einem Land ohne Bürgerrechte unaufhörlich zu, wurde aus der Bürgerrechtsbewegung eine Bürgerbewegung, lief die SED der Entwicklung hinterher. Mir hat damals ein SED-Funktio-

när erzählt, dass er seine für den Sonderparteitag vorbereitete Rede fünf Mal umschreiben musste, um sie der aktuellen Lage anzupassen. Insofern war die Maueröffnung nicht das Versehen eines schusseligen Politbüromitglieds.

Es war nicht mehr die eigenständige Entscheidung der SED, sondern eine erzwungene. Ohne den 9. Oktober in Leipzig hätte es den 9. November in Berlin nicht gegeben und nicht den 3. Oktober 1990. Ohne die gesteigerte Bereitschaft, auf die Straße zu gehen, hätte es den Andrang an der Bornholmer Brücke nicht gegeben, wäre die frisch errungene Freiheit nicht sofort getestet und die Selbstbefreiung vollendet worden, hätte es das Volksfest „Waaahnsinn“ mit drei a nicht gegeben.

Um meinen Freunden in Plauen gerecht zu werden: Das Zurückweichen der Staatsmacht war dort bereits am 7. Oktober geschehen. Nur hatte sich das leider nicht herumgesprochen und keine Ausstrahlung bekommen.

Stets betonten die kommunistischen Ideologen, dass ihnen jedes Mittel recht ist, wenn sich die Machtfrage stellt. Deswegen war der 9. Oktober '89 der Tag der Entscheidung. Weil an diesem Tag die Leipziger Montagsdemo den Beginn der Friedlichen Revolution einleitete. Weil hier die Angst und die Ohnmacht – die Helfer der Diktatur – überwunden wurden. Was Karl Marx allen Berufsrevolutionären mit auf den Weg gab, dass die Idee zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift, fand in Leipzig eine kreative Umsetzung: Die Idee der Freiheit wurde zur Macht der Würde. Das werktätige Volk hat die Diktatur des Proletariats gestürzt – und das noch auf dem Karl-Marx-Platz.

In der Terminologie Lenins, dem Altmeister der organisierten Revolution, war das eine Revolution Neuen Typus': eine Revolution ohne Gewalt, theoretisches Konzept und ausgewiesene Avantgarde. Ohne Führer – obwohl einer der Akteure so heißt – doch der Vorname Christian verweist auf

die religiöse Zugehörigkeit und den großen Anteil beherzter Theologen, von Albani, Eppelmann, Falcke, Gauck, Lietz, Meckel, Miseswitz, Schorlemmer bis hin zu Christoph Wonneberger, dem Initiator der Friedensgebete.

Es war ein gleichzeitiger Aufbruch verschiedener Oppositionsgruppen ohne Drahtzieher und Rädelsführer. Wenn es einen Anführer gab, dann war es die Stadt Leipzig – keine Heldenstadt, eine nach Sowjetkultur klingende Übertreibung. Vielleicht erkennt man die Helden am ehesten daran, dass sie keine sein wollen.

Es war eine Revolution, bei der Kerzenwachs und kein Blut floss, Demonstranten Transparente statt Waffen in den Händen hielten. Es erfolgte kein Sturm auf die Bastille, sondern die Besetzung der Runden Ecke und sämtlicher Stasizentralen. Die Akteure gingen nicht auf die Barrikaden, sondern an die Runden Tische. Dem Sturz der Nomenklatura folgten kein Wohlfahrtsausschuss und „Thermidor“, sondern frei gewählte demokratische Parlamente. Der friedliche Ablauf entfaltete eine enorme zivilisatorische Kraft, die im Dominoeffekt ein totalitäres System mit seiner verquasteten Ideologie zum Einsturz brachte. Vom Runden Tisch in Polen, der Friedlichen Revolution in der DDR, der samtenen in der CSSR bis zur singenden im Baltikum war dies ein eindrucksvoller Beitrag zur Bürgergesellschaft. Das Erringen von Freiheit und Bürgerrechten, ohne dass dafür andere Menschen geschlachtet wurden: Grundwerte, die Herta Müller, unsere frisch gekürte Literaturnobelpreisträgerin, so ausgezeichnet beschreibt.

Die Friedliche Revolution war auch eine humane Revolution. Die alte Machtelite kam weitgehend ungeschoren davon. „Stasi in den Tagebau, nicht in den Bau“ hieß die Devise. Die SED rettete sich und ihr Vermögen. Heute fordert die Linke zu Recht Schadenersatz von Bankern, ohne der Logik zu folgen, dass Gleiches auch für die Verantwortlichen eines Staatsbankrottes zutrifft.

Es ist höchste Zeit, „die Wende“, diese erfundene Rettungsformel von Egon Krenz, gegen den Begriff der „Friedlichen Revolution“ auszutauschen. Denn die Ablehnung dieses Begriffs reiht sich ein in die Serie der Verklärung und Verharmlosung. Heute erfahren wir eine DDR, die es so schön nie gegeben hat. Natürlich gab es auch anständiges Leben im falschen System. Doch das sollten wir sehr gut auseinander halten.

Die Friedliche Revolution war im Kern auch eine protestantische Revolution, denn der bahnbrechende Ruf „Keine Gewalt“ ist die prägnante Zusammenfassung der Bergpredigt, der revolutionärsten Stelle im Evangelium. Ausgerechnet im Müntzer-Jahr, das Erich Honecker Anfang '89 anlässlich des 500. Geburtstages des Reformators mit der Verkündung einleitete, dass die Mauer noch in 50 oder 100 Jahren stehen werde, sollte das Monstrum fallen. Allerdings nicht durch das Gewaltrecht des Guten, das Müntzer predigte, sondern eher durch den zivilen Widerstand im Sinne von Bonhoeffer und dem Gründungsmotiv der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“.

Vorwiegend waren evangelische Kirchen das Basislager der Revolution, nie Gewerkschaftshäuser, Rat- oder Kulturhäuser oder gar Universitäten. Von den Friedensgebeten und Fürbittandachten, die sich oft zu Bürgerforen ausweiteten, ging es direkt auf die Straße – mit einer Mischung aus entschlossenem Ernst, protestantischem Gestus und geradezu entwaffnender Vernunft und Disziplin, welche die Aggressionsgefahr gebannt hat.

Aber machen wir uns nichts vor, liebe Schwestern und Brüder, es war eine Minderheit in der Kirche, diese „Kirche von unten“, die sich der braven Anpassung einer „Kirche im Sozialismus“ widersetzt hat, die anders gedacht und gelebt hat. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Kirche, die längst keine „Volkskirche“ mehr war, für kurze Zeit zu einer „Kirche des Volkes“ und Ausgangs-

punkt der Revolution wurde.

Manche beklagen, dass die Revolution kein Lied hervorgebracht hat. Gesungen wurde die Internationale, die außerhalb vom Palast der Republik allerdings wie der Abgesang auf die DDR klang. Die Völker Osteuropas hörten die Signale, richteten sich auf zum letzten Gefecht, doch die Menschenrechte, die ihnen die kommunistische Internationale versprochen hatte, die mussten sie schon selbst erkämpfen.

Dabei gab es ein Lied, das den Sound der Revolution bestimmt hat. Mit „Wir sind das Volk“ wurde eine Zeile aus dem Revolutionslied „Trotz alledem“ von 1848 skandiert. Ferdinand Freiligrath schrieb damals: „Wir sind das Volk, die Menschheit wir / Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

Hier schließt sich die Geschichte und greift die unerfüllte Sehnsucht nach Freiheit und Einheit auf, erscheint das Schwarz-Rot-Gold, das Freiligrath im März '48 beschrieben und Robert Schumann in Dresden vertont hat, plötzlich als Fahnenmeer vor der Ruine der Frauenkirche – ein nationales Bekenntnis, frei von Nationalismus. Der Sozialismus in den Farben der DDR hatte plötzlich ein Loch. Das sprach- und fassungslose „ND“ hätte wenigstens im Stil der „taz“ titeln können: „DDR-Fahne ohne Emblem – das ist der Hammer!“

Der Leipziger Maler Walter Eißler hat das Schwarz-Rot-Gold im Herbst '89 in der Montagsdemo festgehalten. Ein Bild, das in die Nationalgalerie gehört, weil es den langen Weg unserer Demokratie von der Paulskirche über die Nikolaikirche bis zum gesamtdeutschen Parlament erfasst.

Wir brauchen kein in Stein gemeißeltes Freiheits- und Einheitsdenkmal. Statt einer Kunstinstallation sollten wir lieber die authentischen Orte bewahren und als Gedenk- und Begegnungsstätten pflegen. Die Kirchen der Revolution, das Stasigefängnis in der Erfurter Andreasstraße und den Grenzübergang Marienborn, wo man den Wert von Freiheit und Einheit nachhaltig versteht.

Auch der Text unserer Nationalhymne stammt aus dem 19. Jahrhundert. Die Friedliche Revolution hat allerdings die Rangfolge verändert: Freiheit, Recht und Einigkeit sind des Glückes Unterpfand. Und wer immer das erfunden hat – die Vollendung der inneren Einheit – mir klingt das wie die Suche nach der blauen Blume der Romantik – die Einheit existiert, die viel besagte Mauer in den Köpfen ist oft nur das Brett davor. Anstatt ständig unsere Einheit zu suchen und zu beschwören, sollten wir lieber unsere Freiheit in Vielfalt feiern – und damit verbunden nicht nur das unendliche Gefühl von Glück und Dankbarkeit mitnehmen, sondern auch den Auftrag „Die Revolution geht weiter“. Denn noch immer ist ihr Ruf „Wir sind das Volk“ – der Anspruch nach direkter Demokratie und Mitbestimmung – nicht erfüllt.

Herr Bundespräsident, Sie haben nach Ihrer Wiederwahl den Vorschlag erneuert, dass der nächste Präsident vom Volk gewählt wer-

den sollte. Doch ich befürchte: Eher haben die Inder einen Unberührbaren auf dem Mond abgesetzt, als dass die deutschen Parteien auf ihr Vorrecht verzichteten, die Wahl des Bundespräsidenten unter sich auszumachen.

Besser wäre es, wir würden gemeinsam dafür sorgen, dass endlich der Artikel 146 Grundgesetz eingelöst wird (Sie haben ja betont, wir sollten die Möglichkeiten des Grundgesetzes ausschöpfen...): die Hoffnung, dass sich das deutsche Volk eine Verfassung gibt, die Volksentscheide ermöglicht. Allein die CDU sperrt sich noch dagegen. Aber Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel, es müsste doch zu machen sein, dass die letzte verbliebene Volkspartei hier dem Volk entgegenkommt.

Denn wir dürfen die Demokratie nicht nur den Berufsdemokraten überlassen. Gerade nach viel versprechenden Wahlkämpfen, nach dem Motto „Bieten wetterfesten Schirm ohne Gestell, an dem die Bespannung fehlt“, ist es

für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, auch nach den Wahlen noch gefragt zu sein und die Politik beeinflussen zu können.

Hier im Leipziger Gewandhaus haben die Veranstaltungen meist ein nachklingendes Finale. Darum sage ich: Auch nach diesem Jubiläumsjahr und all den Feiern gilt es, die Geschichte der Friedlichen Revolution, die Geschichte einer gelungenen Revolution wach zu halten, weil sich unsere Zukunft auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entscheidet. Und weil die Generation des Nach-Mauer-Falls, die heute sicher vor anderen Problemen steht, weil auch diese Generation erfahren sollte, wie man Angst überwinden und Zivilcourage lernen kann und warum wir uns weiter für Gewaltfreiheit, Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt engagieren müssen.

Das Vermächtnis der Friedlichen Revolution gehört nicht ins Museum. Wir war'n nicht das Volk – sondern wir sind das Volk!



Werner Schulz wurde am 22. Januar 1950 in Zwickau geboren und machte dort im Jahre 1968 das Abitur mit Berufsausbildung zum Lokomotivschlosser. Danach folgte das Studium der Lebensmitteltechnologie an der Humboldt-Universität Berlin, welches er 1972 als Diplomingenieur abschloss.

Von 1976 bis 1978 leistete er den Wehersatzdienst als Bausoldat ab.

1974 bis 1980 war Schulz wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität Berlin.

Wegen seines öffentlichen Protests gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wurde ihm 1980 die Stelle an der Universität gekündigt. Er wurde dann (1980-1988) wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sekundärrohstoffwirtschaft (Recyclingtechnologie). Von 1988 bis 1990 war er Leiter des Bereiches Umwelthygiene in der Kreishygieneinspektion Berlin-Lichtenberg.

Schulz ist seit den 1970er Jahren aktiv in der Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung. Er war seit 1981 Mitglied des „Pankower Friedenskreises“ und gehörte 1989 zu den Gründungsmitgliedern des „Neuen Forums“, welches im Jahr 1991 im „Bündnis 90“ aufging, zu deren Gründungsmitgliedern er ebenfalls gehört.

Vom 18. März bis 2. Oktober 1990 war er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und ab dem 3. Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Von 1991 bis 1993 war er Sprecher des „Bündnis 90“ und der Leiter der Verhandlungsdelegation zum Zusammenschluss mit den „Grünen“, von 1990 bis 1998 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ und von 1998 bis 2005 deren wirtschaftspolitischer Sprecher.

Schulz ist seit 1998 im Stiftungsrat der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (2003



bis 2008 als stellvertretender Vorsitzender) und ist seit 2003 Mitglied im „Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages“.

Seit 2009 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion „Die Grünen / Europäische Freie Allianz“). Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.